

### **GVO-Nulltoleranz für Saatgut: nur so ist Gentechnikfreiheit zu gewährleisten**

Wie bei Atomkraft gilt auch für Gentechnik: einmal freigesetzt, ist sie nicht mehr rückholbar. Mit einem Grenzwert für die gentechnische Verunreinigung von herkömmlichem Saatgut besteht die Gefahr, dass die zurzeit praktizierte "Nulltoleranz" für GVO auf der Nachweisgrenze aufgeweicht wird. Eine auf diesem Niveau mit technischen Vorschriften einheitlich festgeschriebene Umsetzung in den Mitgliedsstaaten wäre zu begrüßen. Ein Grenzwert dagegen birgt das Risiko der kumulierenden Verunreinigung mit GVO: So bedeutet der diskutierte Saatgut-Grenzwert von 0,3 Prozent, dass z.B. auf "gentechnikfreien" Maisfeldern 300 Gentechnikpflanzen pro Hektar wachsen könnten. Bereits aktuell nehmen die behördlich festgestellten GVO-Verunreinigungen, z. B. von Maissaatgut, von Jahr zu Jahr zu.

Demeter-Position: Nulltoleranz an der Nachweisgrenze (i.d. Regel < 0,1%) für GVO-Verunreinigungen im Saatgut EU-weit praktizieren, nach einheitlichen Ausführungsbestimmungen.

### **Petition: Anbaustopp für gentechnisch veränderte Sorten**

Die Welle rollt: Anfang Mai waren in der EU 28 gentechnisch veränderte Pflanzen kurz vor der Zulassung. Zugleich zeichneten mehr als 100.000 Bürgerinnen und Bürger die Petition des BÖLW für einen sofortigen Anbaustopp von gentechnisch veränderten Pflanzen. Im Herbst wird sich der der Petitionsausschuss des Bundestages das Thema in einer öffentlichen Sitzung damit befassen. Die Petition wurde begründet mit der unzureichenden Prüfung gesundheitlicher, ökologischer und sozio-ökonomischer Risiken im Rahmen des EU-Zulassungsverfahrens. Die zuständige *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)* prüft lediglich die von der Agro-Industrie selbst durchgeführten Studien. Unabhängige Langzeituntersuchungen fehlen. Die demnächst zulässigen nationalen Anbauverbote ändern daran nichts.

Demeter-Position: Anbaustopp in Deutschland. Überarbeitung der EU-Zulassungsverfahren. Sicherstellen, dass auch kritische Wissenschaftler in der EFSA vertreten sind.

### **Abstandsregelung für GVO bundeseinheitlich regeln**

Die Bundesländer sollen jeweils selbst festlegen dürfen, welcher Abstand zu Versuchs- oder Anbauflächen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zulässig ist. Dies sieht der aktuelle Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gentechnikgesetzes vor. Bislang gilt als Auflage z. B. für den Abstand von GVO-Mais zu konventionellen Kulturen ein Mindestabstand von 150 m, zu Biomais müssen es mindestens 300 m sein. Zu befürchten ist eine regionale Verwässerung dieser nicht sicher ausreichenden Abstände und mehr Intransparenz für betroffene Landwirte.

Demeter-Position: Bisherige Abstandsregelung erhalten, bundeseinheitlich regeln bzw. nur Abweichungen nach oben zulassen.

### **GVO-Kombi-Pflanzenschutzmittel Roundup kritisch prüfen**

Viele gentechnisch veränderte Pflanzen enthalten eine künstliche genetische Herbizidresistenz gegen Roundup. Dessen Wirkstoff Glyphosat ist das von der industriellen Agrarwirtschaft weltweit am meisten eingesetzte Herbizid. Da mit den glyphosatresistenten Pflanzen weitergezüchtet wird, breitet sich dessen Anwendung weiter aus. Der Wirkstoff Glyphosat, sein hauptsächliches Abbauprodukt und das Formulierungsmittel Tallowamin sind toxisch für eine Vielzahl von Organismen, insbesondere aquatische. Glyphosat schädigt auch menschliche Zellen und stört die Embryonalentwicklung von Wirbeltieren, so eine neue Studie, veröffentlicht vom NABU. Der breite und vielfach ausschließliche Einsatz von Glyphosat begünstigt zudem die rasche Entwicklung resistenter Beikrautarten.

Demeter Position: Die Zulassung des Breitband-Herbizides Glyphosat und des Formulierungsmittels Tallowamin neu bewerten.

### **EU: Staaten dürfen GVO-Anbau verbieten**

Das EU-Parlament hat entschieden: Die Entscheidung über den Anbau von GVO sollen die Mitgliedsstaaten selbst treffen dürfen. Da aber in vielen EU-Staaten die Koexistenz von konventioneller und gentechnischer Landwirtschaft gesetzlich nicht geregelt ist, öffnet dies der ungewollten Ausbreitung von GVO-Pflanzen Tür und Tor. Es könnte daher binnen kurzer Zeit in gentechnikfreundlichen Ländern wie Tschechien, Spanien und den Niederlanden zur Kontamination gentechnikfreier Lebensmittel kommen, die mittelfristig auch EU-weit und über Lebensmittel hinaus auch Saatgut, Futtermittel verunreinigt.

Demeter-Position: EU-weit verbindliche Koexistenzregeln nach dem deutschen Vorbild der Kombination von Haftung und Standortregister.

### **Bürger zahlen bereits mehr für AgroGentechnik als für Öko-Lebensmittel**

Agro-Gentechnik bringt keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen. Zudem verursacht der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen hohe Zusatzkosten in der Lebensmittelkette, wie ein im Auftrag des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) erstellter Gentechnik-Schadensbericht zeigt. Allein die Vermeidung von GVO-Verunreinigungen kostet bei Milch 5 - 8 % extra, bei Soja 15 %. Weitere Zusatzkosten sind durch teureres Saatgut, Maßnahmen zur Vermeidung drohender Resistenzen sowie Analysen bedingt. Hinzu kommt ein Schadensrisiko in Höhe von einigen Mrd. US Dollar, wie die Kontaminationen mit nicht zugelassenen Gen-Konstrukten in vergangenen Jahren bei Mais und Reis zeigte. Gewinner dieses Systems sind eine Handvoll Saatgutkonzerne, die mit GVO-Samen weltweit ca. 2 Mrd. Euro Umsatz machen. Dennoch wird Forschung zu AgroGentechnik unverhältnismäßig stark gefördert.

Demeter-Position: GVO-Anwender an den Kosten beteiligen. Forschungsförderung für die Spezialdisziplin AgroGentechnik umwidmen und damit partizipative Agrarforschung sowie die zum Ökolandbau stärken.

### **Statt Millionen für Gentechnikforschung: Aktionsplan für Ökolandbau, Weltagrarbericht umsetzen**

Agro-Gentechnik soll die deutsche Wirtschaft voranbringen. Doch weder wird sie ihren seit Jahrzehnten vorgetragenen Versprechungen gerecht – bisher im Angebot sind nur Pestizidresistenz und Ersatz eines bakteriellen Bio-Spritzmittels. Noch schafft sie Arbeitsplätze – in der deutschen AgroGentech-Forschung arbeiten nur 600 – 700 Menschen. Dennoch schwören die Regierungsparteien auf Gentechnik-Pflanzen als Lösung für Welthunger und Klimawandel und fördert die entsprechende mit einem Rahmenprogramm von über 100 Mio. Euro. Bereits jetzt aber kann regional und ökologisch angepasste Landwirtschaft gegen den Hunger helfen, Ressourcen schonen und effektiv die Biodiversität gewährleisten. Die Forschung für den Ökolandbau aber bekommt nur 8 Mio. jährlich, und die nicht vom Forschungsministerium, sondern vom Landwirtschaftsministerium

Demeter-Position: Um Ernährung weltweit und nachhaltig zu sichern, muss die Bundesregierung verstärkt Forschung zu standortgemäßen Methoden fördern, die das lokale Wissen der Naturbewirtschafter und -schützer einbezieht, statt allein Technologietransfer „von oben“ anzustreben. Forschung muss nachhaltig Ökologie, Gesundheitsnutzen und Agrarkultur verbinden, statt nur auf Ertragsmaximierung mit externalisierten gesellschaftlichen Folgeproblemen zu setzen. Die deutsche Agrarforschung ist entsprechend umzugestalten, ein Aktionsplan Ökolandbau ist aufzulegen.

### **Weiterführende Links:**

[www.boelw.de/dossiers\\_positionspapiere.html](http://www.boelw.de/dossiers_positionspapiere.html)

[www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)

[www.testbiotech.de](http://www.testbiotech.de)